

Besondere Menschen gibt es nur wenige **Edmund Riethmüller war einer von ihnen**

Am 17. Dezember verstarb Edmund Riethmüller, Mitbegründer der AG Barrierefreiheit (AGB), der sich durch sein aufopferungsvolles und selbstloses Eintreten für die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht nur in Mannheim hohes Ansehen erworben hat.

Alle Mitstreiter und Freundinnen, die ihn persönlich kannten, waren betroffen und fassungslos. Zahllose Beileidsbekundungen und Anrufe zeugen davon, dass wir mit „Eddi“ nicht nur einen kompetenten inhaltlichen Verfechter eines barrierefreien Mannheim, sondern einen überaus hilfsbereiten und freundlichen Menschen verloren haben, der einen bleibenden Eindruck bei allen behindertenpolitischen Akteuren der Metropolregion hinterlassen hat.

Es war nicht nur bewunderswert, mit welcher Energie und Verbindlichkeit Eddi inhaltliche Forderungen vertrat, sondern auch die Art und Weise, wie er dabei auf andere zugeht. Er hat das, wofür er politisch gekämpft hat, auch persönlich vorgelebt. Er war eine Persönlichkeit. So hat ihn auch Bürgermeister Lothar Quast bei der Einweihung der Christuskirche, die durch eine Rampe jetzt auch für Rollstuhlfahrer zugänglich ist, im Oktober letzten Jahres – den letzten öffentlichen Termin, den Eddi noch für die AGB wahrnehmen konnte – zurecht genannt.

Viele fragen sich auch jetzt noch, wo Eddi die Energie hernahm - trotz (oder gerade wegen) seiner heimtückischen Krankheit - sich mit dieser beispiellosen Stetigkeit ehrenamtlich zu engagieren.

Wie hat alles angefangen? Es war im Sommer 2001, als sich fünf Personen unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes getroffen haben mit dem Ziel, ein Netzwerk zur Barrierefreiheit aufzubauen. Es wurde ein Konzept entwickelt, eine mögliche Arbeitsstruktur in zahlreichen Varianten durchdiskutiert, über den Namen gestritten usw. Heraus kam der Begriff „Arbeitsgemeinschaft“ Barrierefreiheit, man wollte eben eine Gemeinschaft gleichberechtigter Menschen und Verbände sein, die auf gleicher Augenhöhe miteinander sprechen und gemeinsam für die Ziele eintreten. Eddi hat auch hier mit seinen Vorschlägen unersetzliche Impulse gegeben, das Grundverständnis der AGB als einer Politischen Selbsthilfegruppe, die transparent arbeitet, die insbesondere Interessen behinderter Menschen bündelt und diese dann gemeinsam gegenüber Öffentlichkeit und Kommunalpolitik vertritt, hat Eddi wesentlich mitgeprägt.

Heute treffen sich zu monatlichen Plenen zwischen 20 und 25 Menschen und Delegierte von vielen Behindertenverbänden – ein Netzwerk das in der gesamten Rhein-Neckar-Region und darüber hinaus seinesgleichen sucht. Und vielleicht ist gerade die Tatsache, dass mehrheitlich mobilitätseingeschränkte Menschen daran teilnehmen und deren Stimme ernst genommen wird, das Allerwichtigste.

Schließlich beförderte Eddi maßgeblich die Schritte, die dazu geführt haben, dass die AGB von der Stadt Mannheim als „Träger öffentlicher Belange“ anerkannt wurde: Dazu zählen der Kongress „Barrierefrei Planen und Bauen in Mannheim“ im Jahr 2003, die Auszeichnung der AGB mit dem Förderpreis der Fuchs Petrolub AG, der Beginn der Erstellung eines Mannheim Stadtführers für Menschen mit Behinderungen, die Verabschiedung der „Erklärung von Barcelona“ durch die Stadt oder die regelmäßigen Gespräche mit den Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates zu jenen Projekten, die ohne Eddis Aktivitäten wohl niemals so erfolgreich verlaufen wären.

Und nicht zu vergessen: Er war es, der Barrierefreiheit als soziale Teilhabegerechtigkeit verstanden hat, immer wieder wies er darauf hin, dass Wohnungen nicht nur barrierefrei, sondern auch bezahlbar sein müssen. Die AGB verdankt Eddi sehr sehr viel, und sicherlich ist es im seinem Sinne, wenn wir versuchen, die große Lücke die er hinterlassen hat, wieder zu füllen und alles tun, um in Zukunft jene Barrieren der Vergangenheit angehören zu lassen, die uns immer noch daran hindern, dass Mannheim „eine Stadt für alle“ genannt werden kann. Denn „der Fortschritt ist nicht aufzuhalten“, so eine der Bonmots, die Eddi mit einem ironischen Unterton häufig gebrauchte.

Auf seinem letzten Weg wurde Eddi von über 30 Personen aus der AGB begleitet, darunter allein 12 RollstuhlfahrerInnen. Dass es auch sein letzter Wille war, von Blumen und Kränzen abzusehen und lieber für die AG Barrierefreiheit zu spenden, macht noch einmal deutlich: Edmund Riethmüller war ein ganz besonderer Mensch – vielen Dank Eddi, wir werden Dich zwar vermissen, aber niemals vergessen!

Verbandliches und Sozialpolitisches

Haushaltsstrukturprogramm

Der Paritätische befasst sich mit Doppeltat der Stadt

Die Grundzüge des Städtischen Etats liegen nun auf dem Tisch und haben auch in der Wohlfahrtspflege für Beunruhigung gesorgt. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung und im Kreisvorstand hat sich auch der Paritätische Wohlfahrtsverband intensiv damit auseinandergesetzt und wird sich demnächst ausführlich an die Mitgliedsverbände, die städtische Öffentlichkeit und die Politik wenden.

Insbesondere die im Haushaltsstrukturprogramm (Beschlussvorlage 650/2009) aufgeführten Vorschläge, bei denen es sich in der Regel um nicht unwesentliche Kürzungen in Bereichen sozialer Einrichtungen und Dienstleistungen handelt, haben vielen die Sorgenfalten auf die Stirn getrieben. Denn es entsteht der Eindruck, als ob die Finanzierung und damit der Wert des Sozialen als Teil des menschlichen, infrastrukturellen und kulturellen Zusammenlebens nicht anerkannt, sondern ausschließlich unter Einspargesichtspunkten wahrgenommen wird.

Mehr Fragen und Verunsicherung als Antworten – was aber angesichts der fehlenden Transparenz einzelner vorgeschlagener Maßnahmen nicht überrascht. So gleicht die Befassung mit den vorliegenden Papieren häufig einem Rätselspiel, wenn man darüber nachdenkt, mit welchen konkreten Schritten und mit welchen konkreten Folgen denn nun die Maßnahme X mit Einsparvolumen Y zum Zeitpunkt Z eigentlich erreicht werden soll.

Landesweiter Protest von Schülern, Lehrern und Eltern

Von den ca. 20000 Demonstrationsteilnehmern, die am 19. Januar in Stuttgart ihrer Forderung nach höheren Zuschüssen für den Betrieb der nicht staatlichen Schulen Nachdruck verliehen, waren auch knapp 400 Schüler, Lehrer und Eltern der Freien Waldorfschule Mannheim.

An diesem Tag beriet der Landtag über den Doppelhaushalt 2010/2011. Hauptkritikpunkt ist, dass die von der Landesregierung versprochene Erhöhung der Zuschüsse auf 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers bisher nicht erfüllt wurde.

Das Land entziehe sich seiner Pflicht, auch nicht-staatliche Schulen ausreichend zu finanzieren. Dabei handle es sich keineswegs, wie häufig in der Öffentlichkeit suggeriert werde, um „reiche Schulen“. Tatsächlich seien die durchschnittlichen Zuschüsse je Schüler auf unter 70 % gesunken, versprochen waren 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers.

Damit liege Baden-Württemberg, so Geschäftsführer Reinhard Braun von der hiesigen Waldorfschule, „mit durchschnittlich 3.431 € je Schüler und Jahr 400 € hinter Hessen und 500 € hinter Rheinland-Pfalz“ zurück.

Der finanzielle Engpass zwingt nunmehr dazu, für Gebäudeinstandhaltung gebildete Rücklagen für den laufenden Schulbetrieb zu verwenden.

➔ Nähere Informationen bei der Freien Waldorfschule Mannheim, Tel. (0621) 853006, Internet: www.waldorfschule-mannheim.de

„BOB“ - Jungenarbeit im Fokus: der pro familia Sexualpädagogik

Mit „BOB“, the best of boys, entwickelten 18 pro familia Beratungsstellen ein Spiel für die sexualpädagogische Arbeit mit Jungen.

Die Erfahrungen in den sexualpädagogischen Veranstaltungen zeigen den besonderen Bedarf der Jungenarbeit. In unserer Mediengesellschaft sind bereits Kinder nicht selten mit pornografischen Inhalten und Bildern sexueller Gewalt konfrontiert. Surfen im Internet, auf Handys heruntergeladene Pornos, die im Klassenzimmer kursieren, Fernsehen, bieten zahlreiche Möglichkeiten, die vor allem Jungen nutzen, um sexuelle Informationen zu erhalten. Es sind die Bilder, die in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen hängen bleiben und die mitunter als Vorbild dienen. Die Eltern wissen oft nicht, wie sie darauf reagieren sollen und Väter fehlen oft als Ansprechpartner. Die Haltung, mein Kind interessiert sich dafür nicht, ist nach wie vor verbreitet. Aber gerade das Gespräch über Sexualität, das Sprechen darüber, was schockiert, befremdet und verunsichert ist für die weitere Persönlichkeitsentwicklung wichtig.

BoB soll die zehn- bis 14 Jährigen der Zielgruppe mit altersgerechten Angeboten neugierig auf die körperlichen und persönlichen Veränderungen während der Pubertät machen. BOB will ihnen sinnliche Erfahrungen vermitteln und keinen Bereich ausklammern, ohne dass es dabei für die Heranwachsenden peinlich werden könnte.

Die Box bietet viele Möglichkeiten, die je nach Alter und Temperament der Jungs als Antwort auf deren Fragen eingesetzt werden können. In ihr sind aber auch Anleitungen für Spiele, mit denen betretenes Schweigen gebrochen werden kann. So enthält das mitgelieferte Handbuch unter anderem 30 bis 40 einfache Übungen, mit denen zum Beispiel Toleranz und Respekt trainiert werden können.

➔ Pro Familia, Tel. (0621) 27720, www.profamilia-mannheim.de

Sozialpass und/oder Familienpass?

In einer Pressemitteilung hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Mannheim sich dafür ausgesprochen, den Familienpass in der bestehenden Form nicht weiter zu verlängern und gleichzeitig an die Entstehung des Mannheimer Sozialpasses erinnert.

Der bestehende Sozialpass war im Jahr 2001 von der Gemeinderatsmehrheit – gegen den erklärten Willen der damaligen „Sozialpolitischen Offensive Mannheim“ – zugunsten des Familienpasses faktisch abgeschafft worden.

Damit ging die ursprünglich sozialpolitische Intention verloren. Der Familienpass kippte sowohl die einkommensbezogene Anspruchsberechtigung als auch den Umfang der gewährten Ermäßigungen. Als Sozialverband vertritt der Paritätische die Auffassung, dass Unterstützung dort eingesetzt werden muss, wo sie am dringendsten benötigt wird – und das sind einkommensschwache Haushalte und Personen.

Der Paritätische plädiert deshalb für eine Änderung der bestehenden Familienpassregelung hin zu einer sozialen Öffnung. Sowohl Kindern als auch erwachsenen Personen, die in Armut leben, sollten zielgenaue Hilfen zur Verfügung gestellt werden. In Frage kommen Vergünstigungen bei öffentlichen Einrichtungen bis hin zu ermäßigten Fahrscheinen im öffentlichen Nahverkehr. Hier gibt es seit Jahren zahlreiche sinnvolle Vorschläge mit einer Reihe von örtlich gestaltbaren Lösungen, wobei ein ermäßigter Besuch eines Pferderennens nicht unbedingt zu den bevorzugten Freizeitaktivitäten eines erwerbslosen Menschen zählt. Bedürftigen Menschen sollte vielmehr entweder kostenlose oder deutlich reduzierte Preise für Einrichtungen wie Abendakademie, Stadtbibliothek oder Schwimmbädern zur Verfügung gestellt werden.

Die durch die Finanzkrise und durch bundespolitische Entscheidungen verursachten Steuerausfälle zwingen die Kommunen geradezu, die knapper werdenden Haushaltsmittel jenen Menschen zugute kommen zu lassen, die diese Unterstützung wirklich benötigen. Von Armut betroffen sind insbesondere SGB-II und SGB-XII-Leistungsberechtigte sowie der Personenkreis mit Niedrigeinkommen, das einen bestimmten Prozentsatz über der SGB II-Schwelle liegt. Der erst jüngst eingeführte „Heidelbergpass+“ weist in die richtige Richtung, da die Vergünstigungen auch armutsgefährdeten Personen und Haushalten zugute kommen (die Einkommensgrenze für eine alleinstehende Person z. B. beträgt dort 1215 € netto). Ein weiterer zentraler Punkt betrifft ermäßigte ÖPNV-Tickets (siehe Kasten „Mobilität“ weiter unten).

Bereits zu den Kommunalwahlen hatte der Paritätische Landesverband in seinen Wahlprüfsteinen gefordert, die Grundsicherung auch durch freiwillige kommunale Leistungen sowohl im Bildungs- als auch im sozialen Bereich armutsfest zu gestalten und damit die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Auch Mobilität hat ihren Preis

Alleinstehenden Hartz-IV-BezieherInnen stehen monatlich für Fahrten im ÖPNV ca. 11,49 € zur Verfügung, also rund 38 Cent pro Tag. Ein Monatsticket kann man sich davon nicht leisten, es sei denn, man spart an anderen Ausgabepositionen im Regelsatz von 359 €. Wie das funktionieren soll, bleibt ein Rätsel, denn auch die sind äußerst knapp bemessen (so sind im Regelsatz z. B. für Besuche von Cafés oder Gaststätten ganze 0,28 € pro Tag enthalten). Das bedeutet weitgehenden Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben.

Das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird aller Voraussicht nach nicht nur die Höhe der Kindergrundsicherung für verfassungswidrig erklären, sondern sich sehr wahrscheinlich auch mit dem Existenzminimum Erwachsener, also mit dem Eck-Regelsatz, auseinandersetzen. Betrachtet man die zahlreichen ÖPNV-Sondertarife, erscheint die Forderung nach einem Sozialticket für Erwerbslose, wie es das Bündnis „Metropoliticket Plus“ und die Gewerkschaft ver.di fordern, als durchaus vertretbar.

Inklusion – Leitlinien der Bildungspolitik

Mehr als 150 Teilnehmer, darunter 60 Bildungsminister, haben auf der UNESCO-Welttagung im November 2008 das im Titel genannte Dokument verabschiedet, das jetzt auch in deutscher Fassung vorliegt.

„Bildung für alle“ ist das wichtigste Programm der UNESCO im Bildungssektor. Die „Leitlinien für die Bildungspolitik“ macht die Erkenntnisse der internationalen Beratungen über inklusive Bildung in Deutschland zugänglich und bietet einen Überblick über das Konzept der Inklusion sowie die relevanten völkerrechtlichen Instrumente.

Wie das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das Deutschland 2008 ratifiziert hat, machen auch die Leitlinien das Recht auf gemeinsamen Unterricht in einer allgemeinen Schule zum Thema und zeigt Schritte auf, wie Inklusion umgesetzt werden kann.

➔ Das Dokument (*ISBN 978-3-940785-12-1*) steht auch als download im Internet zur Verfügung:
www.unesco.de/3938.html?&L=0

Gesetzlich Versicherte zahlen drauf - Kein Zusatzbeitrag bei Grundsicherung

Die Katze ist aus dem Sack. Wohl bereits ab 1. Februar werden mehrere Krankenkassen den monatlichen Krankenkassenbeitrag von Arbeitnehmern um 8 EUR erhöhen, theoretisch könnten sie bis zu 1 % des Bruttoverdienstes zusätzlich erheben (bis zu maximal 37,50 EUR monatlich).

Einziger Lichtblick: Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung müssen gem. §§ 41 f. SGB XII diesen kassenindividuellen Zusatzbeitrag nicht zahlen – hier kommen dann allerdings Kosten auf die Sozialhilfeträger zu.

Die Befreiung gilt aber nicht für Empfänger von ALG II – eine neue Klagewelle ist absehbar. Arbeitgeber werden geschont, sie müssen sich nicht am Zusatzbeitrag beteiligen.

Neues Steuermerkblatt für Familien mit behinderten Kindern

Der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte (BVKM) hat sein jährliches Merkblatt aktualisiert. Es kann kostenlos heruntergeladen werden unter www.bvkm.de Rubrik „Recht und Politik“.

Kostenlose und anonyme HIV-Schnelltests

Am 12. und am 25. Februar, jeweils von 18:00 bis 20:00 Uhr, bietet die Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar diese Kurse an. Ort: PLUS, Alhornstr. 2a, 68169 Mannheim. Näheres tel. unter (0621) 3362185 oder im Internet unter www.check-lash.de.

Ausbildung zur/m Pflegebegleiter/in

Die Vereinigung für Haus- und Familienpflege Mannheim bietet im März mehrere kostenlose Qualifizierungskurse mit Zertifikat an. Interessierte können sich wenden an Holger Flaming: Telefon (0621) 22088, E-Mail: flaming@vhf-ma.de.

Mit dem Rollstuhl unterwegs in Mannheim

Die AG Barrierefreiheit hat einen kleinen Wegweiser in Dina-4-Format erstellt, der RollstuhlfahrerInnen helfen soll, sich besser zurechtzufinden. Er enthält barrierefreie Einrichtungen und gibt Hinweise zum öffentlichen Nahverkehr. Es sind nur solche Objekte aufgenommen, die tatsächlich barrierefrei sind – z. B. nur Gaststätten mit Behindertentoilette, die ohne fremde Hilfe zugänglich sind.

Der Wegweiser kann ab Mitte Februar bezogen werden (Tel. 0621-3367499, info@barrierefrei-mannheim.de).

Termine (bis Ende März 2010)

Mo, 01.02. 18:30 Uhr

Plenum AG Barrierefreiheit. Paritätisches Zentrum, Alhornstr. 2a, Neckarstadt-West

Di, 02.02. 15:00 Uhr

Gemeinderat. Etatreden der Fraktionsvorsitzenden. Stadthaus N 1

Mi, 03.02. 16:00 Uhr

Jugendhilfeausschuss. Stadthaus N 1

Mo, 08.02. 19:00 Uhr

Bürgerversammlung Stadtbahn-Nord. Kulturhaus Waldhof, Speckweg 18

Mi, 10.02. 19:00 Uhr

Regionale AG der Selbsthilfegruppen. Alhornstr. 2a, Neckarstadt-West. Kontakt: Gesundheitstreffpunkt, Tel. (0621) 3391818

Mo, 22.02. 18:00 Uhr

AG Barrierefreie Mobilität Rhein-Neckar. K 1, 7-13, Innenstadt (Besprechungsraum EG)

Mo, 01.03. 18:30 Uhr

Plenum AG Barrierefreiheit. Paritätisches Zentrum, Alhornstr. 2a, Neckarstadt-West. Kontakt: (0621) 3367499

Mo, 01.03. 10:00 Uhr

Gemeinderat. Diskussion und Beschlüsse zum Etat. Stadthaus N 1

Di, 02.03. 09:00 Uhr

Gemeinderat. Diskussion und Beschlüsse zum Etat. Stadthaus N 1

Mi, 03.03. 09:00 Uhr

Gemeinderat. Diskussion und Beschlüsse zum Etat. Stadthaus N 1

Mi, 10.03. 16:00 Uhr

Behindertenforum. Collincenter, Casino im 10. OG

Mi, 17.03. 16:00 Uhr

Jugendhilfeausschuss. Stadthaus N 1

Di, 23.03. 16:00 Uhr

Ausschuss für Umwelt und Technik. Stadthaus N 1

Do, 25.03. 16:00 Uhr

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Stadthaus N 1

Di, 30.03. 16:00 Uhr

Gemeinderat, Stadthaus N 1

IMPRESSUM

PARITÄT Kreisverband, Alhornstr. 2a, 68169 Mannheim

Tel. (0621) 336749-9, Fax (0621) 336749-7, E-Mail: info@paritaet-mannheim.de

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: Freitag, 12. März 2010